

Leserbrief zum Stil der Arbeit im Gemeinderat und zum Umgang der Gemeinderäte untereinander

Wer gedacht hat, dass die Gemeinderatssitzung vom 17.3.2021 der Tiefpunkt in der Geschichte des Überlinger Gemeinderates war, wurde am 20.10.2021 eines besseren belehrt. Es geht noch unwürdiger. Einzelne Gemeinderatsmitglieder verschiedener Parteizugehörigkeit mobben den politisch Andersdenkenden, stören seine Ausführungen, diskreditieren ihre Standpunkte lautstark und der Sitzungsleiter geht nicht dagegen vor, sondern ruft das Gemeinderatsmitglied, das sich gegen die ununterbrochenen Zwischenrufe aus anderen Parteien zur Wehr setzt, zur Ordnung auf.

Was in dieser Sitzung am 20.10. erneut abgelaufen ist, ist unwürdig und erfordert, dass sich endlich die Mehrheit des Gemeinderates, die einen respektvollen Umgang des Miteinander pflegt, dagegen einschreitet und eine Änderung herbeiführt. Mobbing, frauenfeindliche Äußerungen – Verhalten wie es von einzelnen Mitgliedern des bürgerlichen Lagers in Überlingen praktiziert wird, darf keinen Platz haben. Ein Oberbürgermeister als verantwortlicher Sitzungsleiter, der seiner Verantwortung für faire und respektvolle politische Meinungsbildung im Gemeinderat und seinem Versprechen, ein Bürgermeister für alle Bürger Überlingens zu sein, nicht gerecht wird, sollte seine grundsätzliche Einstellung zu der real existierenden politischen Meinungsvielfalt und notwendigen politischen Toleranz gegenüber gewählten Vertretern überdenken.

Es ist nach wie vor bemerkenswert, dass die anderen, nicht polemisch agierenden Mitglieder des Gemeinderates, nicht bereit sind, für Veränderung in diesem Gremium zu sorgen, hin zu einem besseren, menschlicheren Umgang im Gemeinderat. Es drängt sich die Frage auf, ob man diesen Umgang mit politisch Andersdenkenden nicht aus einer „Sind doch selber schuld!“ Einstellung heraus goutiert.

Die wiederkehrende Berichterstattung, dass der Sitzungsleiter genervt reagiert, weil aus seiner Sicht überflüssige Fragen oder Diskussionen aufkommen, gibt erneut zu denken. Dass Bürgerinitiativen wiederholt berichten, dass sie nicht ernst genommen werden, ist Alltag in Überlingen. Dass ausgerechnet zwei der Parteien, die jetzt in Berlin eine Regierung bilden wollen, Bürgeransinnen und Bürgerbeteiligung schlicht ignorieren, zeugt von einer grundsätzlichen Haltung, die mehr als fragwürdig ist und nur mit der ganz persönlichen Interessenlage einzelner GR-Mitglieder zu erklären ist. Die nächste Kommunalwahl kommt bestimmt, ebenso die Wahl bzw. Berufung der Verwaltungsspitze. Der Wähler ist aufgerufen, hier durch sein Stimmverhalten von außen für die dringend notwendige und überfällige Veränderung zu sorgen – im Sinne der positiven Lebensqualität in unserer schönen Stadt.

Peter Kainrath